

ePub^{WU} Institutional Repository

Joachim Becker

Editorial: Ukraine - Zur politischen Ökonomie eines europäischen Konfliktes

Article (Published)

Original Citation:

Becker, Joachim

(2014)

Editorial: Ukraine - Zur politischen Ökonomie eines europäischen Konfliktes.

Kurswechsel (3).

pp. 68-75. ISSN 10168419

This version is available at: <https://epub.wu.ac.at/5253/>

Available in ePub^{WU}: November 2016

ePub^{WU}, the institutional repository of the WU Vienna University of Economics and Business, is provided by the University Library and the IT-Services. The aim is to enable open access to the scholarly output of the WU.

This document is the publisher-created published version.

Editorial

Joachim Becker

1914 und mögliche Parallelen zu heute waren 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges ein medial viel diskutiertes Thema. Stark in den Hintergrund gerieten hierbei konkurrierende ökonomische und politische Expansionsbestrebungen. Diese können als eine Parallele zwischen 1914 und 2014 gesehen werden. Der russische Sozialwissenschaftler Dmitry Trenin zieht eine derartige Parallele bezogen auf den Ukraine-Konflikt, den er als Ausdruck einer wiederkehrenden Großmachtrivalität interpretiert (Trenin 2014). Internationale Schlüsselakteure sind die Regierungen der USA, westeuropäischer Staaten, Russlands sowie die EU. Die Rivalität zwischen USA/EU einerseits und Russland andererseits trifft in der Ukraine auf eine in der Außenorientierung – EU vs. Russland – tief und in etwa zwei gleich große Hälften gesplante Gesellschaft. Damit sind die äußere und innere Dimension des bis zum Krieg eskalierten Konfliktes in der Ukraine mit einander verschränkt.

Geopolitische Strategien

Die US-Regierung ist konsequent bestrebt, den politischen wie ökonomischen Einfluss Russlands im postsowjetischen Raum zurückzudrängen. Als zentral wurde hierbei die Abnabelung der Ukraine von Russland gesehen (vgl. Crome 2014). Diese Orientierung hat sich noch verfestigt, als mit der ökonomischen und politischen Konsolidierung Russlands nach der Krise von 1998 und später dem Wechsel von Jelzin zu Putin deutlich wurde, dass die russische Regierung den direkten Einfluss ausländischer Unternehmen im Energiesektor begrenzt. Die russische Regierung hat hingegen als eine ihrer außenpolitischen Prioritäten, diesen Einfluss zu wahren und hat entsprechende Initiativen einer regionalen Integration lanciert. Die westeuropäischen Regierungen haben sich in unterschiedlicher Weise in dieser geopolitischen Frage positioniert. Einige haben sich konsequent auf die US-Seite gestellt, das gilt speziell für Großbritannien. Die deutsche Position ist hingegen ambivalenter. Die BRD schloss schon 1969 einen Vertrag mit der Sowjetunion über Gaslieferungen und beteiligte sich an der Schaffung der entsprechenden Infrastruktur. Seit dieser Zeit ist der Energiesektor ein strategisches Element der deutsch-sowjetisch bzw. dann deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen (vgl. Götz 2008: 103 ff.). Die Sowjetunion initiierte auch mit Italien und Österreich eine recht enge Kooperation im Energiebereich. Gerade Italien blieb dann auch für Russland ein privilegierter Partner im Energiegeschäft (vgl. Mancević 2013: 188 f., 212 ff.). In den 2000er Jahren war der Bau einer direkten Pipeline zwischen Russland und Deutschland – das Nord Stream-Projekt – eine Fortsetzung der langjährigen sowjetisch/russisch-deutschen Energiekooperation und verringerte die Abhängigkeit der Gaslieferungen vom Transit durch die Ukraine. Einer ähnlichen Zielsetzung gilt das South Stream-Projekt durch Südosteuropa bis Österreich, das allerdings derzeit durch die EU-Kommission blockiert wird (Eschbacher 2014: 7). Die EU hatte ein konkurrierendes Projekt – Nabucco – gefördert, das Erdgas aus Zentralasien

unter Umgehung russischer Mittler in die EU bringen sollte. Das Projekt, das vor allem von britischen Konzernen vorangetrieben worden war, konnte aber keine ausreichenden Gaslieferungen kontrahieren und scheiterte daher. Am Beispiel der Pipeline-Politik werden unterschiedliche Akzentsetzungen in der EU sichtbar.

Unterschiedliche Akzentsetzungen wurden auch in der breiteren EU-Politik gegenüber dem postsowjetischen Raum erkennbar. Waren die 1990er Jahre eher durch bilaterale Kontakte zu Russland als durch eine Russland-Politik auf EU-Ebene gekennzeichnet, kam es im Gefolge des Irak-Krieges und einer Annäherung der EU-Regierungen (v.a. Deutschland und Frankreich), die eine Beteiligung am Irak-Krieg abgelehnt hatten, und der ebenfalls gegen den Krieg orientierten russischen Regierung ab 2003 zu einer vorübergehenden Belebung der EU-Russland-Politik. Diese verebbte aber nach der Ablöse der beiden politischen Hauptprotagonisten gegen den Irak-Krieg, Gerhard Schröder und Jacques Chirac, rasch wieder (Duleba 2009: 13 ff.). Die Orientierung der EU auf eine partielle Ausdehnung von EU-Normen auf Russland als zentralem Bestandteil eines neuen Kooperationsabkommens stieß bei der russischen Regierung auf grundsätzliche Vorbehalte. Ihr ging es um eine symmetrische Kooperation. Etwas zeitgleich unterstützten Kräfte in den westlichen Ländern, speziell den USA, Regimewechsel in Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgisistan (2005). Hierbei stützten sie Massenproteste, die sich gegen oligarchische Strukturen, Korruption und andere Missstände richteten. Die grundsätzliche sozio-ökonomische Ausrichtung der Regierungen änderte sich nicht, hingegen sowohl im Fall von Georgien als auch der Ukraine zumindest vorübergehend deren außenpolitische Orientierung. Eine starke Westorientierung kam vorübergehend zum Zug (vgl. Becker 2006).

Die prowestliche Regierung in Georgien provozierte 2008 einen militärischen Konflikt mit Russland, den sie verlor. Die NATO-Mitgliedschaft Georgiens und der Ukraine kam 2008 (zumindest vorübergehend) vom Tisch. Dafür verlegte sich die EU mit ihrer sogenannten Ost-Partnerschaftspolitik auf eine Ausweitung ihrer Einfluss-Sphäre über den Abschluss von Assoziationsabkommen (vgl. Trenin 2014). Diese Abkommen dienen einer doppelten Zielsetzung: untergeordnete Einordnung in die EU-Einfluss-Sphäre über die teilweise Übernahme der EU-Normen (vgl. Vercueil 2014) und strukturelle Ausrichtung der postsowjetischen Länder auf eine neo-liberale Form der ökonomischen Governance. Diese Politik ist auf die Zurückdrängung des russischen Einflusses, auf die „Schaffung eines Cordon Sanitaire um Russland herum“ (Krejčí 2014: 23) gerichtet. Obwohl Kern der Assoziationsabkommen ökonomische Fragen sind, gibt es auch Bestimmungen zur Sicherheitszusammenarbeit (z.B. Association Agreement 2013: Art. 7, 9-13). Die russische Regierung initiierte 2009 dann auch ein konkurrierendes Projekt der regionalen Kooperation, die Eurasische Union. Im Mai 2014 unterzeichneten Russland, Belarus und Kasachstan ein Abkommen zur Schaffung einer Eurasischen Wirtschaftsunion. Armenien und Kirgisistan gelten als Beitrittskandidaten.

Die regionalen Strategien der EU und Russlands traten nicht allein, wohl aber besonders stark in der Ukraine in Konkurrenz. Gleichzeitig ist die Ukraine in der Frage der außenpolitischen Orientierung tief gespalten. Dem eher EU-orientierten Westen steht der stark russisch-sprachige und auf Russland orientierte Osten des Landes gegenüber, wie sich auch in den Ergebnissen einer Meinungsumfrage des Kiewer internationalen Instituts für Soziologie aus dem November 2013 widerspiegelt. „Sie zeigt eine große Zustimmung (64%) für eine Zollunion in der Ostukraine, eine moderate Zustimmung in der Zentralukraine (29%) und eine niedrige im Westen (16%). Die Zustimmungswerte für ein Refe-

rendum über den Anschluss an die Europäische Union folgen einem umgekehrten Muster: 66% dafür im Westen, 43% im Zentrum und nur 18% im Osten.“ (Figes 2014: 70). Hierin spiegeln sich auch unterschiedliche Muster wirtschaftlicher Verflechtung wider. Der stark schwerindustriell geprägte Osten des Landes ist auch wirtschaftlich verhältnismäßig stark mit Russland verflochten, die Agroindustrie hingegen ist stärker auf die EU ausgerichtet (vgl. Kościnski/Worobiow 2013, Lukierska 2014). Die unterschiedlichen außenpolitischen und wirtschaftlichen Orientierungen fallen regional stark mit unterschiedlichen politischen Orientierungen und Ausdifferenzierungen des ukrainischen Nationsverständnisses zusammen. In der Westukraine dominiert ein Form des Ethnonationalismus, die den Unterschied zwischen „ethnischer Titularnation“ (d.h. den UkrainerInnen) und den „nationalen Minderheiten“ (v.a. den RussInnen) in den Vordergrund stellt und einen Bruch „mit der russischen und sowjetischen Vergangenheit sowie eine De-Russifizierung“ forciert (Studenna-Skrukwa 2014: 77). In der Geschichtspolitik glorifiziert diese Strömung des Nationalismus, die faschistischen ukrainischen Nationalistengruppen der 1930er und 1940er Jahre wie OUN und UPA, teils auch die SS-Waffendivision „Galizien“. Diese Gruppen waren während des 2. Weltkrieges für schwere Pogrome an JüdInnen und PolInnen verantwortlich. Diesem Nationsverständnis steht in der stark russisch-sprachigen Ostukraine ein eher territorial definiertes Nationsverständnis gegenüber, das von einer bi-ethnischen und zweisprachigen ukrainischen Nation ausgeht und gemeinsame historische Wurzeln akzentuiert (ibid.: 78 f.). Die überwiegend stark oligarchisch geprägten Parteien sind entlang dieser regionalen Linien gebildet und haben vor allem Fragen des Nationsverständnisses und der regionalen Identität forciert. Damit haben sie grundlegende Ähnlichkeiten in der neo-liberalen wirtschaftspolitischen Ausrichtung überdeckt (vgl. ibid.: 89) und die Frage der Klassenspaltungen in den Hintergrund gerückt.

In der Ukraine war es in Folge der schweren Wirtschaftskrise 2008/2009 zu einem Regierungswechsel gekommen, der die schwerindustriellen Gruppen der Ostukraine und eine multi-vektorale Außenpolitik, die auf eine Ausbalancierung zwischen EU und Russland orientiert war, erneut in eine dominante Position brachte. Das Assoziationsabkommen mit der EU wurde zwar fertig ausgehandelt, angesichts der dramatischen Wirtschaftssituation, der hohen unmittelbaren Kosten des Abkommens und russischer Pressionen blies der ukrainische Präsident Viktor Janukowyč dann aber die Unterzeichnung des Abkommens im Herbst 2013 ab (vgl. Becker 2014: 2).

Eskalation des Konflikts

Diese Entscheidung der ukrainischen Regierung löste primär im Westen und Zentrum des Landes soziale Proteste aus. In einer ersten Protestphase richteten sich diese Proteste gegen Abkehr vom Assoziationsabkommen. Sie waren vor allem von gut gebildeten GroßstädterInnen getragen (Tomek 2014: 29). Zu Beginn suchten die Protestierenden die politischen Parteien – einschließlich der Opposition – von den Protesten fernzuhalten. Diese Strömung der DemonstanzInnen kennzeichnet Ishchenko (2014: 12) als „pro-neoliberal und pro-nationalistisch“ (zu Beiträgen, die das Denken dieser Strömung reflektieren, siehe Andruchowitsch 2014 und Dathe/Rostek 2014). Die oppositionellen Parteien – nationalistisch-neoliberale Formation, die eher Clubs von Geschäftsleuten gleichen, und die faschistische Svoboda – klinkten sich erst etwas später in die Proteste ein. Sie waren schon im Vorfeld der Proteste Ansprechpartner westlicher Botschaften (einschließlich Svoboda) und wurden teils auch intensiv gefördert (z.B. Udar durch die CDU-nahe Konrad-Ade-

nauer-Stiftung; German-Foreign-Policy.com 2013a&b), stießen aber einem Teil der AktivistInnen auf große Vorbehalte. Nach dem harten Vorgehen der Polizei am 30. November 2013 am Hauptdemonstrationsort, dem Majdan in Kiew, kam es zu einer weitreichenden Veränderung des Charakters und der Ausrichtung der Proteste. Diese richteten sich nun frontal gegen die Regierung, die Polizeibrutalität und die oligarchischen Strukturen – und die extreme Rechte erlangte eine sehr viel sichtbarere Rolle. Kräfte der extremen Rechten spielten sowohl bei Gebäudebesetzungen als auch beim Angriff auf die Präsidialadministration eine Protagonistenrolle. Die Minderheit der gut organisierten Kräfte der extremen Rechten vermochten auch breite Akzeptanz für ihre ultranationalistischen Parolen zu gewinnen (vgl. Ishchenko 2014: 13 ff.), die teils Bezug auf die ultranationalistischen, faschistisch orientierten Kräfte der 1930er und 1940er Jahre nahm. Mitte Februar 2014 gewannen die Proteste im Westen des Landes eine immer militantere Ausrichtung, während auch Repression zunahm. DemonstrantInnen stürmten Polizeistationen und plünderten die Waffenlager.

Ein von den deutschen, französischen und polnischen Außenministern ausgehandelter Kompromiss für einen geordneten und graduellen Übergang, bei der auch die russische Seite konsultiert worden war, hielt am 20./21. Februar nicht. Janukowyč wurde abgesetzt und durch eine Koalitionsregierung nationalliberaler und faschistischer Kräfte ersetzt. Mit der Bestellung zum neuen Premierminister wurde Arsenij Jaceňuk als erklärter Kandidat der US-Regierung zur zentralen Person der neuen Regierung. Bei vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 folgte auf einen Übergangspräsidenten Petro Poroschenko, ein politischer besonders flexibler Oligarch, als neuer Präsident. Im Wahlergebnis spiegelte sich die übliche West-Ost-Spaltung in Form einer deutlich geringeren Wahlbeteiligung im Osten und Süden des Landes wider (vgl. Ishchenko 2014: 31).

Die neue Regierung ging auf strikten Westkurs. Der politisch-militärische Teil des Assoziationsabkommens wurde am 21. März unterzeichnet, der wirtschaftliche am 27. Juni. Am 16. September 2014 ratifizierten sowohl das Europarlament als auch das ukrainische Parlament das Assoziationsabkommen. In Kraft treten soll das Freihandelsabkommen Anfang 2016. Die ukrainische Regierung, die mit massiven Leistungsbilanzproblemen und einer katastrophalen Wirtschaftslage konfrontiert ist, suchte beim IWF um einen Stützungskredit an. Diese beinhalten neben den üblichen austeritätspolitischen Maßnahmen auch Eingriffe in den Energiesektor, wie die vom IWF schon mehrfach geforderte und sozial hoch explosive Kürzung der Subventionen für die Gaspreise und eine „Restrukturierung“ von Naftogaz (IMF 2014: 72 ff.). Restrukturierung von Naftogaz impliziert real deren Teilprivatisierung. Tatsächlich war eine der wirtschaftspolitischen Hauptinitiativen Jaceňuks die Teilprivatisierung des Gaspipelinennetzes zugunsten westlicher Konzerne – wobei er allerdings auch in den eigenen Reihen auf massive Widerstände stieß (Bielecki 2014: 10). Die aggressive Verfolgung der nationalistischen Agenda stellt einen zweiten Schwerpunkt des neuen Regierungslagers dar. Gleich am 23. Februar verabschiedete das Parlament ein äußerst kontroverses, gegen das Russische gerichtetes Sprachengesetz, das dann allerdings vom provisorischen Präsidenten nicht in Kraft gesetzt wurde. Dieses Gesetz hat, wie der tschechische Historiker Jan Rychlík (2014: 57 f.) unterstreicht, eine primär politisch-symbolische Bedeutung: „Es soll zeigen, wer in der Ukraine Herr und wer nur Gast ist, wie die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine sind und zu welchen Helden sich die Ukraine bekennt. Anders gesagt: Es ging vor allem darum, dass definitiv als Helden der Ukraine statt der Soldaten sowjetischen Armee-Befreierin die Soldaten der UPA stehen.“ Die UPA und ihre Vorläuferorganisationen stehen für die

Kollaboration mit dem Nazi-Faschismus, auch wenn es Konflikte mit der deutschen Besatzungsmacht, gab und die rechtsextreme UPA war während des 2. Weltkriegs für massive Pogrome an JüdInnen und PolInnen verantwortlich. Der starke Bezug zur UPA ist die zentrale historische Legitimationslinie des westukrainischen Ethno-Nationalismus, der heute stark anti-russisch ausgeprägt ist. Aber nicht nur RussInnen und Russland, sondern auch die ostukrainische Bevölkerung wird von nationalistischen Intellektuellen als eurasiatisch und sowjetisch geprägt stigmatisiert. Im Gefolge der Eskalation des Konfliktes mit Russland hat die ukrainische Regierung zudem immer schärfere Restriktionen gegenüber russischen Medien, Büchern etc. beschlossen. Brücken zur oftmals russisch-sprachigen Bevölkerung der Ukraine hat sie so nicht gebaut – und damit die bestehenden regionalen Spaltungslinien weiter vertieft.

Die russische Regierung intensiviert rasch den Druck auf die Ukraine. Paramilitärische Kräfte besetzten strategische Punkte der Krim. Hierdurch wurden Bedingungen für ein hastig einberufenes Referendum über die Trennung der überwiegend von RussInnen bewohnten Krim, auf der sich auch ein großer russischer Marinestützpunkt befindet, von der Ukraine und deren folgender Anschluss an Russland getroffen. In seiner Rede zum Referendum auf der Krim zog der russische Präsident Vladimir Putin Parallelen zwischen der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo, deren Rechtmäßigkeit von den USA juristisch argumentiert worden sei, und jener der Krim (Putin 2014: 3). Er verwies in diesem Zusammenhang auch mit dem NATO-Angriff auf Jugoslawien und andere westliche Militärinterventionen ohne UNO Mandat (ibid.: 4). Die implizite Botschaft war ein Verweis auf das doppelte Maß westlicher Beurteilungen externer Interventionen und einseitiger Unabhängigkeitserklärungen. Tatsächlich kritisierten westliche Regierungen jetzt im Fall Russlands, was sie ähnlich selbst in der Vergangenheit getan hatten. Und die russische Regierung bezog sich positiv auf die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo, die sie bislang selbst kritisiert hatte. Dies zeigt den völkerrechtlichen selektiven Zugang beider Seiten.

Mit der Abtrennung der Krim war die Eskalation des Konfliktes nicht vorbei. Im Donbass-Gebiet, dem schwerindustriellen Zentrum der Ostukraine, wurden paramilitärische Gruppen aktiv. Ähnlich wie vorher die extreme Rechte in der Westukraine besetzten auch sie Regierungsgebäude. Sie vertraten zunehmend offen separatistische Positionen. Ideologisch vertreten sie eine Mixtur russischen ultra-konservativen Nationalismus, wie er in der Verfassung der selbstproklamierten „Volksrepublik Donezk“ (2014) zum Ausdruck kommt, und einiger anti-oligarchischer Akzente. Sie erhalten materielle Unterstützung aus Russland. Ende August mehren sich die Anzeichen auch direkter Verwicklung des russischen Militärs in den Krieg im Donbass. Wie Ishchenko (2014: 28) betont, haben diese Kräfte aber aus Sicht von vielen im Donbass auch eine lokale Basis. Durch die ethno-nationalistische Politik der ukrainischen Regierung, die regionalen Spannungen und dann auch durch den Krieg im Donbass ist die Frage der Regionalisierung der Ukraine auf die Tagesordnung gekommen. Darin ist eine Parallele zu den Nachfolgestaaten Jugoslawiens zu sehen. Wäre die Regionalisierung weitgehend, würde sie den Handlungsspielraum der Zentralregierung einschränken. Von den äußeren Akteuren wird sie vor allem von der russischen Regierung vertreten (vgl. Olszański 2014). Ende August 2014 forderte der russische Staatspräsident Vladimir Putin nachdrücklich von der ukrainischen Regierung, „unverzüglich in substantielle, inhaltliche Verhandlungen einzutreten, und zwar nicht über technische Fragen, sondern über Fragen der politischen Organisation der Gesellschaft und Staatlichkeit im Südosten der Ukraine“ (zit. nach FAZ 2014a: 1). Dies könnte

sich auf eine weitgehende politische Autonomie beziehen, ist aber in der Ukraine eher als Forderung nach einer Abtrennung der Südostukraine verstanden worden.

In der ukrainischen Regierung, die in ihrem harten Kurs durch US-Militärhilfe ermutigt wird, zeigen die Parteigänger einer militärischen Lösung als durchsetzungsstark. Neben die regulären Armee-Einheiten, die sich vielfach als wenig kampfkraftig erwiesen, sind Kräfte einer neugeschaffenen Nationalgarde getreten, die sich stark aus hochmotivierten Mitglieder des rechtsextremen Lagers speist (Diviš 2014: 7). Die ukrainische Regierung ist nicht unglücklich, dass die paramilitärischen Kräfte der extremen Rechten im Donbass gebunden sind. Denn das Verhältnis zwischen den oligarchischen pro-westlichen Neoliberalen und der extremen Rechten, die im Kampf gegen die Janukowyč-Regierung geeint waren, ist gespannt, und die ultrarechten Paramilitärs stellen eine potenzielle Bedrohung auch für die pro-westlichen Oligarchen dar (vgl. Lauterbach 2014: 31). Auch westliche Söldner haben den Weg in Freiwilligenverbände gefunden (Mieczik 2014: 18). Auch auf Seiten der Regierung ist eine Tendenz zur Paramilitarisierung festzustellen – auch hierin sind Parallelen zu den Kriegen im zerfallenden Jugoslawien der 1990er Jahre zu sehen. Die Finanzierung militärischer Verbände durch einzelne Oligarchen, beispielsweise durch Oleh Kolomojskyj (gleichzeitig auch Gouverneur des Oblast Dnepropetrovsk; vgl. Palata 2014: 21), stellt allerdings eine Innovation gegenüber den Jugoslawien-Kriegen dar – und ist gleichzeitig Symptom der extremen Oligarchisierung der politischen Strukturen der Ukraine. Die militärische Konfliktlösungsstrategie trifft allerdings auch auf zivile Widerstände. So gab es nicht nur im traditionell wenig nationalistischen Transkarpatien mit seinen ungarischen und rumänischen Minderheiten, sondern auch in der Westukraine teils heftige Proteste gegen militärische Mobilmachungen (Heyden 2014: 9).

Politische Initiativen zur Konfliktentschärfung zeigte die ukrainische Regierungsseite kaum. Die Diagnose der ukrainischen Regierung – Hauptproblem sind die russische Haltung und die separatistischen „Terroristen“ – haben sich die westlichen Regierungen zunehmend zu Eigen gemacht. Während die US-Regierung sehr rasch auf Sanktionen gegen Russland drängte, zeigte sich die deutsche Bundesregierung anfänglich in dieser Frage zögerlich. In der deutschen Russland- und Ukraine-Politik gibt es zwei unterschiedliche Strömungen. Die Eine akzentuiert eher die Wirtschaftsinteressen in Russland und die Notwendigkeit eines kooperativen Verhältnisses zu Moskau, die andere ist eher transatlantisch und damit an den US-Positionen orientiert (vgl. Kronauer 2014). Der deutsche Außenminister Franz-Walter Steinmeier kritisierte im März 2014 sogar vorsichtig die bisherige Ukraine Politik und meinte, die östlichen Nachbarn sollten nicht zu „Entweder-oder-Entscheidungen“ im Verhältnis zu Russland und EU gedrängt werden (FAZ 2014b: 1). Die deutsche Regierung hat zwar den Gesprächsfaden mit Russland nicht komplett abreißen lassen, ist aber mit der Zeit immer mehr auf den Konfrontationskurs der USA (und einiger ihrer Verbündeten in der EU) gegenüber Russland eingeschwenkt. Nach dem Abschuss eines malaysischen zivilen Flugzeuges über der Ostukraine verhängte die EU Ende Juli 2014 Wirtschaftssanktion im Bereich der Finanzbeziehungen, beim Export spezieller Ölfördertechnologie und Rüstungsexporten – wegen unzureichender Kooperation bei der Aufklärung des Abschusses und wegen der Unterstützung pro-russischer Separatisten, wie es hieß (Kafsack 2014). Die russische Regierung revanchierte sich mit Sanktionen gegen EU-Nahrungsmittelexporte. Obwohl es Anfang September angesichts eines raschen militärischen Positionsverlustes der Regierungsseite zu einem Waffenstillstandsabkommen für die Donbass-Region kam, setzte die EU – gegen Vorbehalte einzelner Regierungen wie jener Italiens, der Tschechischen Republik oder der Slowakei – kurz darauf eine Sanktions-

verschärfung in Kraft (FAZ 2014c: 1). Ein klarer Indikator für den Konfrontationskurs zentraler westlicher Länder sind auch die Mitte-September in der West-Ukraine abgehaltenen NATO-Militärmanöver. In den BRICS-Ländern werden die Sanktionen der USA und EU oft als Ausdruck von Doppelstandards und „Opportunismus“ (Febbro 2014) wahrgenommen. So hob Eduardo Febbro (2014) in einem Kommentar für die brasilianische Portal „Carta Maior“ hervor, dass die EU ihre eigene Rolle bei der Entstehung der Krise in der Ukraine vergessen machen wolle, und verglich die harte Positionierung der EU mit ihren viel weicheren Reaktionen in anderen Fällen. Für die BRICS-Länder ist die Art der Positionierung der westlichen Länder gegenüber ihrem Mitgliedsland Russland eine Warnung. Der Konflikt in der Ukraine hat auch Implikationen für das Verhältnis von USA und EU zu den BRICS-Ländern und damit für die globale Geopolitik.

Bezogen auf die Ziele, die Ukraine von Russland politisch abzunabeln und eine allzu große Nähe zwischen Kernländern der EU (v.a. Deutschland) und Russland zu verhindern, ist die US-Politik derzeit sehr erfolgreich. Einer friedlichen Konfliktlösung dient die Politik der USA und EU hingegen nicht. Eine stabile und friedliche Konfliktlösung müsste wohl eine Art des Neutralitätsstatus für die außenpolitisch in zwei Lager geteilte Ukraine beinhalten. Aber auch innerhalb der Ukraine stehen starke Faktoren einer friedlichen Konfliktlösung entgegen: Das Regierungslager ist durch aggressive Kräfte dominiert und zeigt zudem starke innere Spannungen, die pro-russischen Separatisten sind primär eine paramilitärische, nicht aber eine politische Formierung. Eine wirklich gesamt-ukrainische politische Kraft gibt es bislang nicht. Zwar ist für die Donbass-Region, in der die Zivilbevölkerung sehr unter dem Krieg litt, ein Waffenstillstand vereinbart worden und am 16. September 2014 ein Beschluss über eine provisorische weitgehende Autonomie für die Donbass-Region von der Regierungsseite beschlossen worden, doch eine wirkliche politische Lösung zeichnet sich derzeit nicht ab.

Der Debattenteil setzt sich mit zwei Hintergründen von Krise und Konflikt in der Ukraine auseinander: dem Assoziationsabkommen mit der EU (Joachim Becker) und den polit-ökonomischen Strukturen der Ukraine (Christina Plank).

Literatur

- Andruchowitsch, Juri, Hg. (2014) *Euromajdan: Was in der Ukraine auf dem Spiel steht*. Berlin.
- Association Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community and their Member States on the One Part, and Ukraine on the Other Part. (http://eeas.europa.eu/ukraine/assoagreement/assoagreement-2013_en.htm, abgerufen: 24.3.2014).
- Becker, Joachim (2006) Von Oligarchie zu Oligarchie. Zur politischen Ökonomie der „farbigen“ Revolutionen. In: *Kurswechsel*, Nr. 1, 117–124.
- Becker, Joachim (2014) Problematische Assoziierungspolitik: Die EU-Strategie im Ukraine-Konflikt. In: *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung*, Nr. 3-4, 2–3.
- Bielecki, Tomasz (2014) Mecz Poroszenko – Jaceniuk wstrząsa Kijowem. In: *Gazeta Wyborcza*, 26./27.7.2014, 10.
- Crome, Erhard (2014) Der Osten Europas und die NATO. In: *Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung*, 25(99), 103–112.
- Dathe, Claudia/Rostek, Andreas, Hg. (2014): *Majdan! Ukraine, Europa*. Berlin.
- Die Verfassung der „Volksrepublik Donezk“ (2014). In: *SoZ*, Nr. 7, Juli 2014, 16.
- Diviš, Vladimír (2014) Paradoxny dvojí války na východné Ukrajině. In: *Právo*, 8.8.2014, 7.
- Duleba, Alexander (2009) EU-Russia Relations: the State of Affairs. In: Duleba, Alexander (Hg.): *Searching for New Momentum in EU-Russia Relations. Agenda, Tools and Institutions*. Bratis-

- lava, 9–26.
- Eschbacher, Veronika (2014) Die nächsten Hürden. In: Wiener Zeitung, 14./15.8., 7.
- FAZ (2014a): Putin irritiert mit Aussage über Status der Ostukraine. In: Frankfurter Allgemeine, 1.9.2014, 1.
- FAZ (2014b): Steinmeier kritisiert bisherige Ukraine-Strategie der EU. In: Frankfurter Allgemeine, 30.3.2014, 1.
- FAZ (2014c): EU setzt neue Sanktionen gegen Russland in Kraft. In: Frankfurter Allgemeine, 12.9.2014, 1.
- Febbro, Eduardo (2014) Sanções expõem oportunismo ocidental na crise da Ucrânia. In: Carta Maior, 30.7.2014 (www.cartamaior.com.br; abgerufen: 2.8.2014).
- Figes, Orlando (2014) Die Ukraine gibt es nicht. In: Dathe, Claudia/Rostek, Andreas (Hg.): Majdan! Ukraine, Europa. Berlin, 67–71.
- German-Foreign-Policy.com (2013a) Termin beim Botschafter. German-Foreign-Policy.com, 5.12.2013 (www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58750/print, abgerufen: 11.12.2013).
- German-Foreign-Policy.com (2013b) Unser Mann in Kiew. German-Foreign-Policy.com, 10.12.2013 (www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/48754/print, abgerufen: 11.12.2013).
- Götz, Roland (2008) Russlands Gas – Chance für Europa. Norderstedt
- Heyden, Ulrich (2014) Maidan geräumt. In: Freitag, 14.8.2014, 9.
- IMF (2014) Ukraine. Request for a Stand-by Agreement – Staff Report; Supplement; Staff Statement, Press Release; and Statement by the Executive Director for Ukraine. IMF Country Report No. 14/106.
- Ishchenko, Volodymyr (2014) Ukraine's Fractures. In: New Left Review, Second Series, Nr. 87, 7–33.
- Kafasck, Hendrik (2014): EU verhängt Wirtschaftssanktionen gegen Russland. In: faz.net, 29.7.2014 (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/eu-verhaengt-wirtschaftssanktionen-gegen-russland, abgerufen: 29.7.2014).
- Kościński, Piotr/Worobiow, Jewgen (2013) Oligarchowie wobec stowarzyszenia Ukrainy z UE. PISM Biuletyn, Nr. 84 (1060), 19.8.2013.
- Krejčí, Oskar (2014) Rusko a Západ: Konflikt na večné časy. In: Literární noviny, Nr. 8, 7.8, 22–23.
- Kronauer, Jörg (2014) Die widersprüchlichen Imperative der deutschen Ostpolitik. In: Strutynski, Peter (Hg.): Ein Spiel mit dem Feuer. Die Ukraine, Russland und der Westen. Köln, 137–152.
- Lauterbach, Reinhard (2014) Vom Hoffnungsort zur Räuberhöhle: Aufstieg und Niedergang des Euro-Maidan. In: Strutynski, Peter (Hg.): Ein Spiel mit dem Feuer. Die Ukraine, Russland und der Westen. Köln, 19–32.
- Lukierska, Ula (2014) Ukraina w uścisku familii. In: Krytyka polityczna, Nr. 37-38, 244–250.
- Mancević, Denis (2013) Ruska energetska diplomacija v 21. stoletju. Plinske vojne, moč energetskih multinacionalk in minljiva zaveznitva. Ljubljana.
- Miecik, Igor T. (2014) Ochotnik. In: Gazeta Wyborcza, 9.-10.8.2014, 18–19.
- Olszański, Tadeusz A. (2014) Ukraina: suwerenna decentralizacja czy niesuwerenny federalizm? Komentarze OSW, Nr. 134, 18.4.2014.
- Palata, Luboš (2014) Kolomojského mier. In: Týždeň, 30.6.2014, 21.
- Putin, Wladimir (2014) Rosja była słaba i ją ograbiono. In: Gazeta Wyborcza, Magazyn Doktryna Putina, 22.3.2014, 2–4.
- Rychlík, Jan (2014) Hrozí skutečně Ukrajině vláda fašista? In: Listy, 44(2), 54–58.
- Studenna-Skruckwa, Marta (2014) Ukraiński Donbas. Oblicza tożamości regionalnej. Poznań.
- Tomek, Miroslav (2014) Patologie protestů. Elita, občané a ultrapravice v ukrajské revoluci. In: A2, Nr. 4, 12.2., 29.
- Trenin, Dmitry (2014) The Ukraine Crisis and the Resumption of Great-Power-Rivalry. In: Rosija v globalnoj politike, 14.7.2014 (<http://eng.globalaffairs.ru/book/The-Ukraine-Crisis-and-the-Resumption-of-Global-Power-Rivalry-16806>, abgerufen: 21.7.2014).
- Vercueil, Julien (2014) Aux racines économiques du conflit ukrainien. In: Le Monde diplomatique, 61(724), 4.